

Vernunft hat obsiegt 2
Pro Reli gescheitert

Mehr als heiße Luft 3
LINKE-Kritik am EU-Vertrag

„Europa findet lokal statt“

Vor der Europa-Wahl am 7. Juni sprach WiR mit der Europabeauftragten im Bezirksamt Reinickendorf, Frau Dr. Dagmar Klein

Frau Dr. Klein, Sie sind seit 2001 Europabeauftragte des Bezirksamtes. Wo sehen Sie Ihre wichtigsten Aufgaben und Schwerpunkte?

Reinickendorf war in Berlin einer der ersten Bezirke, der den Posten „Europabeauftragte“ besetzte.

„Europa in das Bezirksamt tragen“ - so lässt sich die Aufgabe aus administrativer Sicht sicher am besten beschreiben. Es geht aber auch oder eher darum, das politische Wirken des Europaparlaments lokal erfahrbar zu machen.

Ich verstehe mich als Mittlerin, bin für die Recherche europäischer Fördermöglichkeiten und die Umsetzung europäischer Strategien sowie die diesbezügliche Information und Beratung inner- und außerhalb des Bezirksamtes zuständig. Schwerpunkte meiner Tätigkeit sind u. a. die Koordination europabezogener Aktivitäten im Bezirk, die Projektplanung für den Einsatz europäischer Fördermittel, die Durchführung und Begleitung von Europaprojekten sowie die europapolitische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Eine Vielfalt an Projekten

Wie kann man im Bezirk „Europa“ im Alltag erleben bzw. anfassend?

Interessenten, die sich über Fördermittel der EU informieren wollen oder auch schon konkrete Vorstellungen haben, melden sich bei mir. Ich gebe dann, manchmal auch in Zusammenarbeit mit der Abteilung Wirtschaftsförderung, Hilfe bei der Antragstellung.

Häufig erfolgt der Zugang zu europäischen Fördermitteln über das

Programm „Lokales Soziales Kapital (LSK)“. 2008 wurden in Reinickendorf sieben LSK-Projekte mit einem Volumen von 45 000 Euro gefördert, in 2009 sind es 15 Projekte mit rund 125 000 Euro Förderung. Der Themenkreis dieser Projekte ist bunt gefächert und reicht von der Enttabuisierung des Themas Demenz in der Bevölkerung bis zu Angeboten für junge Frauen zur Berufsorientierung im handwerklichen Betrieb.

Das Bezirksamt fördert auch grenzübergreifende Begegnungen. Wie nimmt die Jugend das auf?

Grenzübergreifende Begegnungen und Ausbildungen, z. B. in Richtung Polen, werden gerade in unserem Bezirk gefördert. Die Entwicklung der Sprachfähigkeit ist uns sehr wichtig, sie kann für eine berufliche Zukunft unabdingbar sein. Die Möglichkeiten werden zunehmend aufgegriffen im Rahmen der Projekte „Pro Polska“ und neu auch „Pro Türkei“.

Jugendliche werden mit Europa „konfrontiert“. Die Aufmerksamkeit für andere Sitten und Gebräuche und zugleich für globale Probleme sind uns wesentlich. Wir haben auch speziell abgestimmte Info-Materialien für Kinder und Jugendliche.

Sind die Mitarbeiter des Bezirksamtes für das Thema sensibilisiert und wie funktioniert der inhaltliche Rücklauf aus dem Bezirk zur EU?

Die „Europafähigkeit“ der Verwaltung ist eine große Aufgabe. Noch wird Europa oft „nebenbei“ gemacht. Im Rahmen der „ConAct“-Projekte soll die Europakompetenz



jedes Einzelnen gestärkt werden. Auch hier spielt die Sprachkompetenz eine zunehmende Rolle.

Politik auch von Unten nach Oben

Europa findet lokal statt und muss konkret vor Ort gestaltet werden. Die EU-Beauftragten der Berliner Bezirke gehen einmal jährlich auf Informationsfahrt nach Brüssel. Dort haben sie die Möglichkeit, neue Entwicklungen und Förderprogramme kennen zu lernen, aber auch unterschiedliche Probleme mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu diskutieren. Es erfolgt ein Informationsaustausch, hier werden auch Kritik, Anregungen und Vorschläge aufgenommen und, so ist jedenfalls gedacht, umgesetzt. *Wir wünschen weiterhin viel Erfolg und auch Spaß beim Gestalten eines Europa für die Menschen.*

Frau Dr. Klein, vielen Dank.

Das Gespräch führten Klaus Gloede und Jürgen Schimrock.

Ausstellung zur Europa-woche im Rathaus Reinickendorf, Frau Dr. Klein (Mitte) bei der Eröffnung

„Wenn sich die Staats- und Regierungschefs anmaßen, allein über die Geschichte Europas zu entscheiden, dann bleibt die Bevölkerung außen vor. Das ist ein Europa der Regierungen, der Banken und Konzerne. Das wollen wir ändern.“

Spitzenkandidat Lothar Bisky, Parteivorsitzender der LINKEN und der Europäischen Linken

Vernunft obsiegt - Rolle rückwärts ohne Chance

Erklärung des Bezirksvorstandes der Reinickendorfer LINKEN zum Ergebnis des Volksentscheides am 26. April 2009

Der 26. April 2009 war kein „Tag der Freiheit“ (als ob es überhaupt darum gegangen wäre), sondern ein Tag der Vernunft. Die deutliche Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner hat sich nicht vor den Karren alter-neuer „Freiheitskämpfer“ spannen, sich von Frau Merkel und Herrn Steinmeier, von Herrn Jauch und Arne Friedrich nicht beeindruckt lassen. Der von Rot-Rot aus gutem Grund eingeführte verbindliche gemeinsame Ethik-Unterricht an den Schulen der Stadt bleibt bestehen, ebenso der freiwillige, mit Steuergeldern finanzierte Religionsunterricht. Nicht Gott wurde gewählt („Berliner Kurier“) oder abgewählt, sondern die Arroganz jener in die Schranken gewiesen, die den Volksentscheid mit enormem finanziellen Aufwand zu einem politischen Entscheidungskrieg gegen den „atheistischen“ Senat hochgestylt hatten. Schade, dass sich die Kirchengemeinden dazu verführen ließen.

120 Tausend Reinickendorferinnen und Reinickendorfer haben die Abstimmung ignoriert, so dass, an-

ders als beim Tempelhof-Volksentscheid, das Abstimmungsquorum von 25 Prozent auch in unserem Bezirk nicht erreicht wurde. 19 Tausend weniger als 2008 stimmten mit „JA“. Das freut uns. Das besagt vieles über die Stimmung im Bezirk.

Die Reinickendorfer CDU hat sich erneut für ein solches „Verlustgeschäft“ engagiert und eine Quittung erhalten. Die „Reinickendorf“-Partei und ihre „junge Garde“ blamieren Reinickendorf, wenn sie weiter die Realitäten ignorieren. Die Schlachten wie einst gegen den Sozialismus sind sinnlos. In die Geschichtsbücher kommt man nicht mehr, wenn man im Freiheitskoma nachts Türanhänger an Gartentore hängt, Plakate des Bündnisses „Pro Ethik“ klaut und Menschen bedrängt und belügt. Das weist höchstens auf die Intoleranz und Kulturlosigkeit der Urheber hin, die im Ethik-Unterricht gefehlt haben müssen.

Die Rolle rückwärts fand nicht statt. Gewonnen hat am 26. April das multikulturelle aufgeklärte Berlin. Die Reinickendorfer LINKEN haben dazu ihren Beitrag geleistet. Dafür danken wir unseren Aktivisten und Sympathisanten. Der nächste Wahlkampf steht vor der Tür.

Berlin, 27.4.2009



Vor dem Roten Laden am 26. April

Foto: Marion Lubina

„Eine Nacht für die Geschichtsbücher: In einem beispiellosen Kraftakt haben 31 Aktivisten der Jungen Union, kräftig unterstützt von Schülern der Katholischen Schule Salvator 25.000 Türanhänger in Reinickendorf und im angrenzenden Pankow verteilt.“ (Junge Union R'dorf, 26.4.09)

Liebesgrüße aus dem Kreml

Vor dem Volksentscheid, in der Nacht vom 25. zum 26. April wurden (mindestens) 363 Türanhänger mit einem „Pro Reli“-Werbetext vor dem Roten Laden der Reinickendorfer LINKEN drapiert - kommentarlos und ohne Absender (s. Foto).

Die LINKE Jugend hat reagiert und „Liebesgrüße“ an die „31 Aktivisten“ der Jungen Union und Katholischen Schule Salvator geschickt. Ein ironischer Text voller Mitgefühl an nun wohl frustrierte Kämpfer für kulturelle Rückschritte.

Lieber Tim und die anderen, am vergangenen Sonnabend habt Ihr den Reinickendorfer Kreml mit einer netten Geste bedacht und für frische Farben rund um unsere zugegebenermaßen oft sehr finstere Klassenkampfzentrale gesorgt. Das Elend ist nur: Bei uns weiß man Eure

Zuneigung nicht zu schätzen. Unsere Roten Socken stehen unverbeserlich – na, was schon - auf Rot.

Was tun? - Wir haben Eure Liebesgrüße eingesammelt, gezählt, registriert und die Kosten geschätzt.

Bestimmt haben Euch gerade diese Stimmen gefehlt, um ins Geschichtsbuch zu kommen! Wir schicken Euch die Kostbarkeiten in tiefem Mitgefühl zurück. Vielleicht könnt Ihr sie beim nächsten Volksentscheid noch mal verwenden! Die Liebe ist eben ungerecht.

Wir wünschen Euch viel Erfolg beim Baggern.

Man sieht sich... Yusuf, Charly, Robert, David und einige andere

Berlin, Ende April 2009

Anlage: 363 Türanhänger, leicht sandig

Das Bezirksamt (BA) beantwortete **mündliche Anfragen** der Bezirksverordneten u.a. zu Fällen von Kindesmisshandlungen im Bezirk, zu den Zukunftsaussichten von Hertie und Woolworth in Tegel, zu personellen Sicherung des Volksentscheides und zur Behandlung der Anrufe von Bürgern im Bezirksamt.

Die GA der CDU **„Ausschreitungen durch Jugendliche im Bereich Tegel-City“** (Drs.-Nr.: 0785/XVIII) sowie zugeordnete Anträge der CDU und der FDP bildeten das Hauptthema der Debatte. Sprecher aller Fraktionen würdigten die konstruktive Atmosphäre einer von Jugendstadtrat Senftleben (SPD) geleiteten Beratung mit Vertretern der Fraktionen, von Trägern der Straßensozialarbeit, der Polizei und des Ordnungsamtes zur Situation in Tegel und zur Jugendarbeit im Bezirk. Bekräftigt wurde die Bereitschaft, gemeinsam nach Antworten zu suchen. Schuldzuweisungen unterblieben. Denn niemand habe ein Patentrezept, da auch die Ursachen für den „Werteverlust“ (SPD), für die „Orientierungslosigkeit“ (FDP) der Generation der heute 13- bis 18-Jährigen nicht eindeutig seien. Sind es gesellschaftliche Defekte, die Zerrüttung der Familienstrukturen, die Folgen der Alkoholwerbung (Senftleben) oder will sich die Jugend nur mal austoben (Studienrat Mazatis, SPD)? In Reinickendorf könne noch und müsse gegengesteuert werden. Verständlich, dass sich die Geister schieden, als es um konkrete Schritte ging. Der CDU-Vorschlag, evtl.

„Testkäufer als Maßnahme gegen verbotenen Alkoholmissbrauch“ (Drs.-Nr.: 0705/XVIII) einzusetzen, fand keine Mehrheit. Die CDU wünschte sich mehr Lampen in Alt-Tegel und ein stärkeres Eingreifen der Sicherheitskräfte der BVG.

Was auffiel: die Schulstadträtin (CDU) hatte zu ihren ureigensten Themen nichts (!) zu sagen.

Vier Tage vor dem Volksentscheid empfahl die BVV Reinickendorf mit den Stimmen von CDU und FDP dem Bezirksamt, „sich dafür einzusetzen, dass der Volksentscheid zum Thema 'Pro Reli' am Tag der Wahl zum Europäischen Parlament stattfindet“. Den Vorschlag von B90 lehnte die CDU ab, ihren bereits im Februar gestellten, dreimal vertagten Antrag einfach „als erledigt“ zurückzuziehen. F. W.

Kritik am Lissabon-Vertrag ist mehr als „heiße Luft“

Von Felix Lederle

Die SPD bläst die Backen auf und verkündet in ihrem derzeitigen Europawahlkampf: „Heiße Luft würde DIE LINKE wählen.“ Wie ist der Vorwurf zu bewerten?

DIE LINKE hat in ihrem Europawahlprogramm mehrfach ein klares Bekenntnis zum Europäischen Integrationsprozess abgegeben, den Lissabon-Vertrag aber im Gegensatz zu CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD abgelehnt und die Berliner SPD zur Stimmenthaltung in dieser Frage im Bundesrat gezwungen. Das ist Ausdruck notwendiger Konsequenz.

Denn DIE LINKE fühlt sich dem von Jean Monet und anderen nach dem zweiten Weltkrieg formulierten Grundgedanken der Europäischen Einigung für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa verpflichtet. Aus diesem Grund und damit die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für Europa nicht weiter schwindet, kann DIE LINKE dem Lissabon-Vertrag nicht zustimmen.

Trotz einzelner Fortschritte überwindet der Vertrag das gravierende Demokratiedefizit der EU nicht und verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten

zur Fortführung marktradikaler Politik und Aufrüstung.

Aktuelle Umfrageergebnisse zeigen, dass nur ein Drittel der Deutschen die EU so belassen möchte, wie sie ist, bzw. 70 Prozent eine Neuverhandlung des Lissabon-Vertrages befürworten. Eine deutliche Mehrheit wünscht sich „die Verpflichtung zur schrittweisen Verbesserung der militärischen Fähigkeiten“ im Lissabon-Vertrag ersetzt durch „eine Verpflichtung zur Abrüstung“. Drei Viertel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger vertritt die Auffassung, dass Arbeitnehmerrechte und das Sozialstaatsprinzip in der EU Vorrang vor Wettbewerbs- und Handelsfreiheiten haben sollten.

Wie die Rot-Grüne Vorgängerregierung greift die CDU-SPD-Koalition diese berechtigten Bedenken nicht auf. Sonst würde ein Konflikt mit den Lobbys einer Reihe von Großkonzernen drohen, die ein Interesse an Rüstungsgüterproduktion, einem europaweit unregulierten Markt, ohne starke demokratische EU-Institutionen und ohne gestal-



Felix Lederle ist der Wahlkreis-kandidat der Reinickendorfer LINKEN zur Bundestagswahl 2009

tende EU-Politik mit sozialen, ökologischen und steuerpolitischen Mindeststandards haben.

DIE LINKE greift diese Kritik der Bevölkerungsmehrheit am EU-Vertrag auf. Heiße Luft? Parteien sollen laut Bundesverfassungsgericht die Funktion eines Scharniers der politischen Willensbildung zwischen Wahlbürgern und Staat erfüllen. Im Interesse der Idee eines demokratischen, sozialen und friedlichen Europas darf es kein „Weiter-so“ in der EU-Politik geben.

Deshalb am 7. Juni DIE LINKE wählen!



Millionäre zur Kasse!

„Wir“ sprach mit dem Reinickendorfer Gewerkschafter Klaus Murawski

Wie spürt Ihr bei OTIS die Krise?

Die Unternehmensführung will trotz Krise weiter machen wie bisher. Sie hat sich das Ziel gesetzt, eine Rendite von 18,3 Prozent zu erreichen; dafür soll jeder vierte Mitarbeiter in der Hauptverwaltung gehen. Vor 15 Jahren hatten wir noch die doppelte Anzahl an Mitarbeitern. Unsere Erfahrung ist: weg-rationalisierte Arbeitsplätze kommen nicht wieder.

Die Kollegen sind skeptisch. Dieter Scholz spricht von einer Systemkrise. Keiner glaubt, dass es einfach so weiter gehen könnte. Die Politik darf nicht nur Feuerlöscher sein. Wer profitiert und die Krise verursacht hat, soll auch dafür zahlen.

Die IG Metall fordert in ihrem Aktionsplan „Aktiv aus der Krise - Gemeinsam für ein GUTES LEBEN“, die derzeitige kapitalistische Entwicklung müsse in einen demokratisch gesteuerten Entwicklungspfad überführt werden.

Richtig. Aber das hört die DGB-Bundesspitze nicht so gern. Dort spricht man lieber vom Justieren des Systems. Wir wollen mehr betriebliche Mitbestimmung. In unserem Aktionsplan heißt es dazu:

„Unternehmen müssen sich dem Vorrang demokratisch legitimer Politik unterordnen, und Aktionärs- und Gesellschafterinteressen dürfen künftig keinen Vorrang mehr vor den Interessen der Beschäftigten und dem Gemeinwohl haben.“ Das stimmt mit der Position von Oskar Lafontaine überein, der Belegschaftsbeteiligungen am Betriebsvermögen fordert, um die Mitbestimmung in den Unternehmen zu stärken.

Was kann man tun?

Wir müssen Druck machen, auf die Straße gehen. Deshalb sind wir bei der Demo am 16. Mai im Rahmen der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Das Interview führte Klaus Gloede

„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist keine beliebige Konjunkturkrise, sie ist eine Systemkrise ... Für die Krise müssen die zahlen, die sie verursacht haben durch ihre Zockermentalität und Gier.“

Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg, am 1. Mai 2009

Klaus Murawski, 55, Ingenieur, tätig in der OTIS-Hauptverwaltung, Sprecher des Vertrauensleute-Ausschusses der IG Metall Berlin, Sekretär der Stadtteilgruppe Nord/Zentrum

„Die Linke ist ... die einzige Partei, die hinter Gewerkschaftsanliegen steht. Beispiele sind: Abschaffung des Anti-Streikparagrafen, Ausbau der Mitbestimmung, höherer Hartz IV-Satz, Verlängerung des Arbeitslosengeldes, Mindestlohn, Vermögenssteuer. Die SPD erzählt auf den Marktplätzen, sie sei dafür, im Bundestag stimmt sie mit Nein.“
Oskar Lafontaine, Berliner Zeitung, 30.4.2009

Warum in die Ferne schweifen...

Der neue Fuchs - und sein „Vater“

Unsere Leserinnen und Leser haben es natürlich gemerkt: „WiR“ hat einen neuen Fuchs. „WiR“ ohne Fuchs geht nicht - und, na klar: Wir haben auch einen neuen Karikaturisten.

Gar nicht lange her, in der Pause einer heißen Debatte - unsere Debatten im „Roten Laden“ sind immer heiß - holte eben jener, der „Neue“, ein Papier aus der Tasche und präsentierte den Redakteuren

eine kleine Zusammenstellung von Zeichnungen: FÜCHSE. Sie seien während einer langweiligen Vorlesung an der Uni entstanden. Und was wir davon hielten?

Die Verblüffung war groß. Wir hatten ihn schon debattierend und zuhörend, singend, tanzend und feiernd, auch mal dichtend und Theater spielend und ganz still erlebt, nun auch noch zeichnend? Wir fragten nach, er „beichtete“:

Er habe schon in der Schule gern gezeichnet, einmal sogar einen Malkasten gewonnen. Seine Grundschullehrerin habe den Eltern geraten, ihn auf die Kunstakademie zu schicken. Aber er

sollte einen „anständigen Beruf“ erlernen. Er wählte natürlich den Leistungskurs „Kunst“ zum Abi. Erfolgreich, was sonst?!

Stillleben mag er nicht, eigentlich auch keine „Auftragswerke“. Für Fantasien müsse Raum sein. Wenn er Zeit habe, gestalte er seine neue Wohnung. *Aber wann hat er Zeit? Da können wir wohl lange auf die Einzugsfeier warten.*

Nun also der Fuchs. Wir hatten uns nach Klaus Stuttmann um „auswärtige“ Lösungen bemüht. Aber wie heißt es so schön: „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?“

Er zeichnet jetzt auch noch für „WiR“, und wir bieten es unseren Leserinnen und Lesern gern an.

Ach so, unser Karikaturist heißt Yusuf Dogan, und ist „nebenbei“ auch Bezirksvorsitzender der Reinickendorfer LINKEN.

Übrigens, bevor ich es vergesse: Einen lieben Gruß soll ich ausrichten: Seinem Kunstlehrer, Herrn Czermak, von der Gabriele-von-Bülow-Schule. **Klaus Gloede**



Geschafft!



Impressum
Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE., Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de

Am Rande Dummheit oder Kalkül?

„Deutsche Atomenergie ist sicher“, „Atomenergie sichert Arbeitsplätze“. Es kommt noch besser: „Technisch ist die Frage der Endlagerung bereits gelöst“. Die Junge Union Reinickendorf preist in ihrem aktuellen Kampfblättchen das „Comeback des Jahrzehnts“ - die Kernenergie.

Eigentlich gibt es nur eine Frage: Glauben die das wirklich – oder wird hier eine Auftragsarbeit abgeliefert, weil die Mutterpartei CDU Klientelpolitik verkaufen will? Da wird unter klimaschuetzer.de eine Internetseite zur Lektüre empfohlen, die, angeklickt, im Original Kernenergie.de heißt. Das ist Demagogie auf, zugegebenermaßen, hohem Niveau. Dieses Nachgeplapper, zum Teil wörtliche Abschreiben fauler Argumente der Atomlobby macht wütend. Das hat nichts zu tun mit der vielbeschworenen Generationengerechtigkeit, die junge Christdemokraten an anderen Stellen gern für Rentenkürzungen und Leistungsabbau und Beitragerhöhungen bei den gesetzlichen Krankenkassen zitieren. Also doch eine zweite Frage: Dummheit oder politisches Kalkül?

Die behauptete Sicherheit z. B. der Endlagerung ist eine glatte Lüge. Allein das Beispiel Asse II sollte nunmehr alle Verharmloser überzeugen. Auch das Totschlagargument der Arbeitsplatzsicherung durch Atomkraft ignoriert vollständig die Gegenüberstellung von derzeit 30 000 Arbeitsplätzen in AKWs und dem Zuwachs in gleicher Höhe jährlich (!) im Bereich erneuerbarer Energien.

Ein kurzer Blick auf die Homepage der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (www.ippnw.de) entkräftet alle weiteren Argumente der JU. Es geht um Milliardenprofite und verschleierte Subventionen für RWE und Co. - auf Kosten der Umwelt, des Klimas, der Menschen, unserer Kinder - auch die der Jungen Union. **H. Jusch**

Termine

Am **25. Mai um 18 Uhr** findet im Roten Laden die öffentliche **Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf** zum Thema Europawahlprogramm der LINKEN statt.

Referent ist Kurt Neumann, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion